

Gastkolumne von Marianne Wilke**Nach dem Holocaust-Gedenktag**

Nach Bekanntwerden der Morde an mindestens neun Menschen ausländischer Herkunft und einer Polizistin, die von einer Nazi-Terrorgruppe verübt wurden, blickten am Internationalen Holocaust-Gedenktag Millionen Menschen auf Deutschland. Wie würde der Deutsche Bundestag auf die Frage antworten, wo die Ursache dafür zu suchen ist, dass Nazis unter den Augen und sogar unter dem Schutz staatlicher Organe solche abscheulichen Verbrechen begehen konnten. Hatte nicht Bert Brecht schon in den fünfziger Jahren gewarnt: "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch"? Der damals in Westdeutschland verfemte und mit Aufführungsverbot belegte Dichter wusste, wovon er sprach. Er musste wie alle Antifaschisten mit ansehen, wie alte Nazis in der Bundesrepublik Deutschland wieder führende Positionen in Staat und Wirtschaft einnahmen, NS-Richter KZ-Mörder freisprachen und außer Verfolgung setzten und auch der Inlandsgeheimdienst, der sich fälschlich Verfassungsschutz nennen durfte, mit alten Nazis aufgebaut wurde, weil diese die größten Erfahrungen in der Bekämpfung von Kommunisten, Sozialisten und Pazifisten hatten.



Vollmundig gab die Bundesrepublik Deutschland vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 31. Juli 1970 eine feierliche Erklärung ab, in der es heißt: "Das ausdrückliche Verbot von Naziorganisationen und das ausdrückliche Verbot, Nazitendenzen Vorschub zu leisten, folgt aus dem Grundgesetz des Inhalts, dass die von alliierten und deutschen Stellen zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus verabschiedete Gesetzgebung weiter in Kraft bleibt." Aber was wurde getan, um diesen Artikel 139 GG zur Wirksamkeit zu verhelfen? Bundestagspräsident Lammert sprach am 27. Januar 2008 in der Gedenksitzung des Bundestages von der Verantwortung der heutigen Politik, "alles zu tun, damit sich Ähnliches nicht wiederholt." Man müsse sich mit der Frage auseinandersetzen, wie es in Deutschland überhaupt zum Holocaust kommen konnte. Doch diese Auseinandersetzung hat nie stattgefunden. Bundesregierung und Bundestag ringen noch immer mit der "Fassungslosigkeit". Um die Einlösung des Versprechens, Naziorganisationen zu verbieten, drücken sie sich noch immer herum. Daher die Unterschriftensammlung der VVN-Bund der Antifaschisten: NPD-Verbot - Jetzt aber richtig !

Marianne Wilke (Jahrgang 1929), Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Schleswig-Holstein, ist Überlebende des Holocaust.

[◀ zurück](#)[Artikel versenden](#)